



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

### Europäische Jugendstrategie vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft für die Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie 2019 bis 2027 zu nutzen und damit die Situation von Jugendlichen in Europa und ihre Beteiligung an den demokratischen Prozessen auf allen Ebenen zu verbessern.

Dabei soll die Staatsregierung besonderes Augenmerk richten auf

- den Ausbau des europäischen Austauschprogramms Erasmus+ und dessen finanzielle Aufstockung wie vom Europäischen Parlament vorgeschlagen,
- die Verbesserung der Mobilität von Jugendlichen durch geeignete Angebote mit dem Ziel, die Kultur und Vielfalt Europas zu entdecken und so eine europäische Identität zu fördern,
- eine finanzielle Förderung des Austauschs von Schülerinnen und Schülern und Klassenreisen in europäische Staaten,
- eine stärkere Förderung des europäischen Austausches unter Auszubildenden,
- die Stärkung der Jugendgarantie als wirksame Maßnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die als Folge der Coronavirus-Pandemie in vielen EU – Staaten weiter steigt,
- die Einrichtung eines permanenten europäischen Jugendbeschäftigungsfonds,
- die Ausweitung von Programmen für benachteiligte Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt und für den Übergang von der Schule in den Beruf,
- den Ausbau und die Institutionalisierung der Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen,
- die Verbesserung des kulturellen Austauschs unter Jugendlichen,
- eine kontinuierliche Förderung von Jugendorganisationen als Mittler der informellen und nicht-formalen Bildung,
- die Nutzung des Potenzials der sozialen Medien zur Beteiligung von Jugendlichen und den Ausbau der Medienkompetenzförderung junger Menschen, um sie zu kritischem Denken und Bewerten von Informationen zu befähigen.

**Begründung:**

Am 26. November 2018 hat der Europäische Rat eine Entschließung zur EU-Jugendstrategie 2019 bis 2027 verabschiedet. Sie bildet den Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU. Die Strategie ist auf die drei Schwerpunktbereiche Beteiligung, Begegnung und Befähigung von Jugendlichen ausgerichtet. Die wichtigsten EU-Förderprogramme zur Unterstützung der Jugendpolitik sind Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps. Im Gegensatz zum Vorschlag der Europäischen Kommission von 2018, das Erasmus+ Programm auf knapp 28 Mrd. Euro aufzustocken, hat der Europäische Rat im Juli 2020 beschlossen, Erasmus+ in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 mit 21,2 Mrd. Euro auszustatten. Diese Entscheidung wird vom Europäischen Parlament kritisiert, das fordert, das Erasmus - Programm mit deutlich mehr Mitteln auszustatten, um die selbst gesteckten Ziele der Jugendstrategie erreichen zu können.

Ein weiterer wichtiger EU-Förderfonds ist der neue Europäische Sozialfond Plus (ESF+), der u. a. die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt fördert und der ebenfalls im Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der Kommission nach dem Beschluss des Rates nochmals gekürzt wird. Mit den für die neue Förderperiode für Bayern zur Verfügung stehenden Mitteln soll die Staatsregierung deshalb die Förderung entsprechender Projekte sicherstellen.